

Wachsende Verständigungsschwierigkeiten zwischen Deutsch und Welschschweizern

Autor(en): **Bernhard, Roberto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **35 (1979)**

Heft 3

PDF erstellt am: **31.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-421269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wachsende Verständigungsschwierigkeiten zwischen Deutsch- und Welschschweizern

In der Westschweiz mehren sich die Stimmen, die wachsende Schwierigkeiten der Verständigung mit den Deutschschweizern festzustellen glauben. Obschon die Deutschlehrer im Welschlande überzeugt sind, durch modernere und anziehendere Lehrverfahren nun lebendigere Kenntnisse des Hochdeutschen zu vermitteln, behauptet etwa Nationalrat Jean-Pascal Delamuraz, der Stadtpräsident von Lausanne, die Welschen sprächen heute weniger Deutsch als früher. Sie haben auch den Eindruck, die Französischkenntnisse der Deutschschweizer hätten abgenommen, was angesichts der gewachsenen Bedeutung des Englischen zutreffen mag.

Schweizerdeutsch als Schranke

Kaum zu bestreiten ist jedenfalls, daß die schweizerdeutschen Mundarten sich gegenwärtig auch im öffentlichen Leben einen erweiterten Platz erobern und damit die Romands vom Verständnis des Gesprochenen ausschließen. Zudem wird ihnen damit nahegelegt, ihre Hochdeutschkenntnisse seien noch nutzloser als geahnt, was auf sie besonders entmutigend wirkt. Denn es ist nun einmal Tatsache, daß die Erwerbung von Deutschkenntnissen für Menschen französischer Muttersprache öfter mit dem Überwinden einer weit höheren psychologischen Hemmungsschwelle verbunden ist als für Personen italienischer oder rätoromanischer Zunge. Diese Hemmung wird im Falle der alemannischen Mundarten durch deren zum Teil rauhe Klangfarbe, insbesondere des Berndeutschen, verständlicherweise noch verstärkt.

Mängel des Übersetzungswesens

Im Bundesbereiche wird die Verbesserung der Kommunikation im Ausbau des Übersetzungswesens gesucht. Die Genfer Nationalrätin Amélie Christinat setzte sich für Simultanübersetzungen der Kommissionssitzungen ein. Nationalrat Delamuraz gibt allerdings zu, daß schon im Plenum gerade jene, die es am nötigsten hätten, die vorhandene Simultanübersetzungsanlage nicht benutzen. Doch auch er ruft nach mehr Dolmetschern. Das hat seinen guten Grund, werden doch welsche Bundesbeamte viel zu sehr als Übersetzer mißbraucht, als welche sie nicht ausgebildet sind, anstatt in ihrer eigenen Sprache auf ihrem Fachgebiete schöpferisch arbeiten zu können. Diese „Verbannung“ ins Dol-

metscherdasein verrät nicht nur einen Mangel an Übersetzern, sondern auch eine — wie es heißt, wachsende — Trägheit der deutschsprachigen Mehrheit der Administration, Welsche in ihrer eigenen Sprache original als Entwerfer, Antragsteller und als entscheidende Organe zum Zuge kommen zu lassen. Es wird klagend von einer nunmehrigen Neigung der Deutschschweizer gesprochen, sprachlich „unter sich“ zu bleiben. In der Romandie mehrt sich auch die Unzufriedenheit darüber, daß amtliche Texte nicht oder nur mit Verspätung auf französisch vorgelegt werden oder vereinzelt sogar auf englisch statt auf französisch. Ähnliche Probleme sind im Verbandswesen anzutreffen.

Vermehrter Deutschunterricht

Hier haken nun verschiedene Neuerungen ein. So hat das Wallis durch das Vorverlegen des Unterrichts in der ersten Fremdsprache ins frühe Primarschulalter gezeigt, daß sich Vorurteile in diesem nachahmerisch begabten Alter leichter überspielen lassen. Nicht ohne Grund machte kürzlich die Walliser Zeitung „Le Nouvelliste“ auf einen an der Elsässer Schule in Paris ausgearbeiteten Kurs aufmerksam, der die französische Grammatik in 20 Lektionen mündlich in spielerischer und frohgemuter Weise beibringe, so daß sich die Schüler — im Gegensatz zum Üblichen — geradezu auf die Grammatikstunden freuten.

Problematische Kurse für „Schweizerdeutsch“

Starke Beachtung gefunden hat in letzter Zeit in der welschen Presse die auf privater Initiative beruhende Herausgabe eines Lehrgangs über „Modärns Schwyzerdütsch“, der in einer zwar leichtfaßlichen, unpedantischen, mitunter allerdings zu wirklichkeitsnahen Art („Das isch en Säich“) den Stoff in einem zürichdeutschen Alemannisch darlegt.

Damit liegt offenbar ein Hilfsmittel vor. Es wird aber wohl nur von besonders motivierten Romands benützt werden. Nach den Erfahrungen der Migros-Klubschule in Genf, die laut „Journal de Genève“ jährlich etwa ein Dutzend Personen im Schweizerdeutschen unterrichtet, handelt es sich um Personen mit Deutschschweizern in der Familie, um Personen, die geschäftlich mit der Deutschschweiz zu tun haben, und um Neugierige, unter denen sich gerade Professoren und internationale Beamte bemerkbar machen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es keineswegs immer die Intellektuellen sind, welche die Kommunikationsschwierigkeiten abbauen. Gerade Gebildete empfinden zwar die Enge des welschen Raumes und beklagen die Begrenzt-

heit des welschen Einflusses, stolpern aber eher über bildungsbedingte Vorurteile und Abwehrreflexe, die ihnen bei einer Erweiterung ihres „Aktionsradius“ auf die übrige Schweiz eher im Wege stehen als weniger „verschulten“ und praktischer zum Ziele gelangenden Berufsständen.

Es ist nur folgerichtig, daß in der welschen Presse die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht auch die Schule zum Verständnis des Schweizerdeutschen beitragen könnte. Großrat Maurice Favre (La Chaux-de-Fonds) machte einen Vorstoß in diese Richtung. Der neuenburgische Erziehungsdirektor François Jeanneret möchte sich aber mit dem jetzigen Beginn des Schriftdeutschunterrichts im 11. bis 12. Altersjahr begnügen und bis 1982 damit Erfahrungen sammeln. Nationalrat Delamuraz hält es denn auch schon für eine beachtliche Leistung, wenn ein Romand heute richtig Schriftdeutsch lernt. Also soll man ihn nicht mit der unverständlichen Forderung, noch eine Mundart (welche?) dazuzulernen, wieder daran hindern.

Die französische Schule in Bern — kantonale Lehranstalt und damit weitere Verletzung des Sprachgebietsgrundsatzes?

Verständlicherweise besteht die Hauptsorge wenigstens der im Bundesdienste stehenden und in der Bundesstadt wohnenden Welschen weniger in der Aneignung des Deutschen, schon gar nicht des Schweizerdeutschen(!), als im Beibehalten der kulturellen Identität ihrer Familie. Die diesem Ziele dienende französische Schule steht jedoch in Raum- und Geldnöten. Das beunruhigt die welsche Presse. Der Kanton Bern macht nun als größter Subventionszahler (45%, gegenüber 24% des Bundes und 8% der Stadt) Miene, die Schule zu einer kantonalen Lehranstalt zu machen. (Gerade aber den Kindern von Vätern, die nicht als eidgenössische, kantonale oder diplomatische Beamte in Bern weilen, wäre die Möglichkeit gegeben, dadurch der angestammten deutschen Sprache den Rücken zu kehren. Darin liegt die Gefahr: die Durchbrechung des Sprachgebietsgrundsatzes!) Ständerat Carlos Grosjean hat eine stärkere Bundeshilfe für diese Schule beantragt. Nicht ohne Grund ist jedoch aus der italienischen Schweiz darauf hingewiesen worden, daß den Familien ihrer Vertreter in Bern ein noch höherer Grad der sprachlichen Angleichung zugemutet wird. Ebenso waren vereinzelte Hinweise darauf bemerkbar, daß die Kinder deutschsprachiger, wegen ihrer Sprache beigezogener Beamter in Bundeseinrichtungen in Lausanne und Genf keinerlei schulische Bevorzugung genießen, was bekanntlich nicht ohne etwelche Probleme vor sich gehe.

Roberto Bernhard